

Exekutivdirektorium  
Internationaler Währungsfonds  
700 19th Street NW  
Washington, DC 20431

Sehr geehrte Mitglieder des Exekutivdirektoriums des IWF,

auf der letztjährigen Jahrestagung [erklärte](#) die Vorsitzende des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses (IMFC), Nadia Calviño, dass der IWF „eine Überprüfung der Zinsaufschlagspolitik in Betracht ziehen wird“. Mit Blick auf die Frühjahrstagung 2024 gehen wir davon aus, dass das Exekutivdirektorium plant, diese Zusage einzuhalten und in Kürze Gespräche über die Zukunft dieser umstrittenen Politik führen wird.

Wir sind durch diese Aussagen ermutigt und begrüßen die Bereitschaft des IWF, sich mit dieser seit Langem bestehenden Forderung einer [großen Mehrheit](#) der Anteilseigner des IWF, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft auseinanderzusetzen. Jetzt schreiben wir, die unterzeichnenden Organisationen, Ihnen, um Sie aufzufordern, diese Gelegenheit zu nutzen, um dieser schädlichen und kontraproduktiven Zinsaufschlagspolitik ein für alle Mal ein Ende zu setzen.

Die Argumente gegen Zinsaufschläge sind schon [oft dargelegt worden](#). Diese Politik – die von Ländern mit hohen oder seit Langem ausstehenden Krediten zusätzliche Gebühren von bis zu 300 Basispunkten erhebt – ist klar prozyklisch. Indem sie hoch verschuldete Länder mit zusätzlichen Schulden bestrafen, erhöhen Zinsaufschläge die Kreditkosten, verschlimmern schon bestehende schwere Schuldenlasten (statt sie zu verringern) und lenken wertvolle Ressourcen weg von Investitionen in Entwicklung, Klimaschutz, Gesundheit oder Bildung. Die Zinsaufschlagspolitik trägt daher zu den zunehmenden sozialen und politischen Unruhen bei, die der IWF selbst als Risiko für die Weltwirtschaft [ansieht](#). Sie missachtet auch die Warnungen über die dringende Notwendigkeit eines legitimeren und gerechteren multilateralen Systems in der [Neuen Agenda für den Frieden](#) des UN-Generalsekretärs.

Von 2019 bis 2023 verdoppelte sich die Zahl der Länder, die Zinsaufschläge zahlen, von 8 auf 16. 2024 ist diese Zahl auf 22 [angestiegen](#).<sup>\*</sup> Dieser alarmierende Trend wird sich wahrscheinlich fortsetzen, da sich immer mehr Länder angesichts der sich beschleunigenden Schulden- und Klimakrisen an den IWF wenden, um Hilfsmittel zu erhalten.

Der IWF hat noch keinen Beweis dafür erbracht, dass Zinsaufschläge der übermäßigen Inanspruchnahme von IWF-Krediten entgegenwirken. Die wachsende Zahl von Ländern, die Zinsaufschläge zahlen müssen, beweist sogar das Gegenteil. Die andere Rechtfertigung für Zinsaufschläge – dass sie eine notwendige Einkommensquelle für die Sicherheitsrücklagen des IWF sind – widerspricht nicht nur direkt dem Auftrag des IWF, wie der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz [dargelegt](#) hat, sondern ist auch [unzutreffend](#).

<sup>\*</sup>Die 22 Länder, die jetzt Zinsaufschläge zahlen, sind: Ägypten, Angola, Argentinien, Armenien, Barbados, Benin, Costa Rica, Côte d'Ivoire, Ecuador, Gabun, Georgien, Jordanien, Kenia, Moldawien, Mongolei, Nordmazedonien, Pakistan, Senegal, Seychellen, Sri Lanka, Tunesien und Ukraine.

Seitdem die Zivilgesellschaft zum ersten Mal Bedenken geäußert hat, hat sich der Widerstand gegen die Zinsaufschlagspolitik des Fonds erheblich ausgeweitet. Die [G77 und China](#), die fast alle Länder des Globalen Südens vertreten, der G20-Vorsitzende [Lula da Silva](#), [UN-Menschenrechtsexpert\\*innen](#), [führende Wirtschaftswissenschaftler\\*innen](#), die [UN Global Crisis Response Group](#), [UN-Generalsekretär António Guterres](#), [Dutzende ehemaliger Staats- und Regierungschefs](#), [Hunderte von zivilgesellschaftlichen Organisationen](#) und viele mehr haben den IWF aufgefordert, die Zinsaufschläge auszusetzen oder abzuschaffen.

Da die Belastung durch die Zinsaufschläge und die weltweiten Forderungen nach ihrer Abschaffung weiter zunehmen, ist klar, dass es nicht nachhaltig ist, an der Zinsaufschlagpolitik festzuhalten. Es ist keine Frage mehr, *ob* diese ungerechte und nicht zu rechtfertigende Politik beendet werden soll, sondern *wann*. Wir fordern Sie dringend auf, jetzt zu handeln.

Mit freundlichen Grüßen

\*Die 22 Länder, die jetzt Zinsaufschläge zahlen, sind: Ägypten, Angola, Argentinien, Armenien, Barbados, Benin, Costa Rica, Côte d'Ivoire, Ecuador, Gabun, Georgien, Jordanien, Kenia, Moldawien, Mongolei, Nordmazedonien, Pakistan, Senegal, Seychellen, Sri Lanka, Tunesien und Ukraine.